

„Für Griechenland-Untersuchungsausschuss“

Gauweiler im PNP-Interview: Wann erfuhr Bundesregierung vom „Täuschungsmanöver“ Athens?

Berlin. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler plädiert für einen Griechenland-Untersuchungsausschuss in Berlin.

PNP: *Sie wollen im Bundestag gegen die Griechenland-Hilfen stimmen. Ihre Begründung?*

Gauweiler: Griechenland ist ein schlimmer Präzedenzfall. Bald werden Spanien und Portugal auf der Matte stehen und Bürgschaften für Kredite haben wollen. Die Milliarden-Unterstützung für Griechenland wird zu einer Entwertung des Euro führen. Im Übrigen: Man sollte sich einmal genau anschauen, wie wir überhaupt in diese schiefe Lage gekommen sind. Griechenland hat sich die Aufnahme in die Eurozone mit Hilfe internationaler Großbanken erschlichen. Es wäre an der Zeit, im Bundestag einen Untersuchungsausschuss zu Griechenland einzusetzen. Der sollte untersuchen, wann die Bankenaufsicht und die jeweiligen Bundesregierungen von den Täuschungsmanövern erfahren haben. Bis zum letzten Jahr scheinen sich Banken mit Bundesbeteiligung sogar an der Spekulation gegen Griechenland beteiligt zu haben - zum Beispiel die unselige Hypo Real Estate. Das muss aufgeklärt werden.

PNP: *Werden Sie beim Bundesverfassungsgericht gegen das Hilfspaket für Griechenland klagen?*

Gauweiler: Da bin ich im Moment noch skeptisch. Im Verfassungsgerichtsverfahren müssen ja Verletzungen individueller Grundrechte gerügt werden. In Betracht käme das Grundrecht auf Geldeigentum, das ohne stabilen Geldwert nicht denkbar ist. Außerdem sagt ja die Bundesregierung, dass ohne ihre Maßnahmen die Stabilität des Euro noch stärker gefährdet wäre. Nicht jede politische Fehlentscheidung ist justiziabel, und das Bundesverfassungsgericht ist kein Ersatzparlament.

PNP: *Was wäre denn die Alternative zu den Milliarden-Hilfen für Griechenland?*

Gauweiler: Noch vor wenigen Wochen hat Frau Merkel zu Recht im Bundestag erklärt, dass ein Ausscheiden eines Landes aus der Eurozone geprüft werden muss. Inzwischen beurteilt die Kanzlerin die Lage allerdings anders. Ich bleibe bei der Überzeugung, dass immer mehr Kredit-Milliarden für Griechenland wie eine Droge wirken. Man kann zwar die Dosis erhöhen, aber die Probleme werden dadurch nicht gelöst. Griechenland müsste für einige Jahre aus dem Euro-Raum ausscheiden, mit Hilfe des IWF und damit der internationalen Gemeinschaft seine Schulden wertberichtigen und seine Währung abwerten. Dann kann das Land mit neuer Kraft und viel günstigeren Preisen im internationalen Wettbewerb - zum Beispiel im Mittelmeer-Tourismus - wirtschaftlich viel erfolgreicher als bisher sein.

Gespräch: Rasmus Buchsteiner